
Freiheit ist das Lebenselement der Demokratie
Hausdurchsuchung im Morgengrauen, Posts gelöscht, Artikel angezeigt, Konto weg – obwohl der Bürger gegen kein Gesetz verstoßen und nur seine Meinung gesagt hat? Formen politischer Zensur und Repression sind in Deutschland zum Alltag geworden. Wie konnte es dazu kommen?
Die Autoren analysieren in diesem Buch Herkunft, Funktionsweise und Missbrauchspotenzial des neuen Systems der Informationskontrolle und beleuchten dessen Folgen für die Meinungs-, Medien- und Wissenschaftsfreiheit sowie für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gesellschaft.
In ihren Beiträgen treten sie für die umfassende Wiederherstellung der Freiheitsrechte in der Rechtswirklichkeit ein. Ihr Anliegen ist die Stärkung eines gesellschaftlichen Ethos, das den Bürger als zu Freiheit, Vernunft und eigenverantwortlicher Urteilsbildung fähigen Menschen versteht.
Mit Beiträgen von Manfred Kölsch, Jobst Landgrebe, Hans-Georg Maaßen, Michael Meyen, Gerd Morgenthaler, Amrei Müller, Dietrich Murswiek, Dirk Schmitz, Rupert Scholz und Henrieke Stahl.
Der Wissenschaft, der Wahrheit und dem Menschen verpflichtet.
ISBN 978-3-9997-0010-6
www.discorso.ch
discorso.
Henrieke Stahl (Hrsg.)
Vom Verfall der Freiheit
discorso.
Henrieke Stahl (Hrsg.)
Vom Verfall der Freiheit in Recht, Medien und Wissenschaft
«Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit … eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt.» BVerfG
discorso.

Stahl (Hrsg.)
Vom Verfall der Freiheit

Henrieke Stahl (Hrsg.)

Vom Verfall der Freiheit
in Recht, Medien und Wissenschaft

Mit Beiträgen von:
Manfred Kölsch, Jobst Landgrebe, Hans-Georg Maaßen, Michael Meyen, Gerd Morgenthaler, Amrei Müller, Dietrich Murswiek, Dirk Schmitz, Rupert Scholz und Henrieke Stahl

diɔcorso.

Zuschriften, Verbesserungsvorschläge und Kritik
discorso. Verlagsgenossenschaft
Unterer Batterieweg 3
4053 Basel
info@discorso.ch
http://discorso.ch

Bibliographische Information
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie.
Detaillierte bibliographische Daten sind im Internet abrufbar über http://dnb.d-nb.de

Alle Rechte vorbehalten
© 2027 discorso Verlagsgenossenschaft, Basel
Dieses Werk ist, einschliesslich aller seiner Teile, urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in Datenverarbeitungsanlagen oder sonstige elektronische Systeme. Vervielfältigungen des Werks oder von Teilen des Werks sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweiligen Fassung zulässig.

ISBN: 978-3-9997-0010-6
ISBN: 978-3-9997-0011-3 (E-Book)
Planung: Rolf Lenzen, Wessobrunn
Lektorat: Prof. Dr. Henrieke Stahl, Morbach, und Rolf Lenzen, Wessobrunn
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Satz: InnoSET AG, Kehrsiten
Produktion: publishing support, München
Aktuelle Informationen finden Sie im Internet unter http://discorso.ch

Das Zitat auf der Titelseite stammt aus dem sog. Lüth-Urteil des Bundesgerichtshofs vom 15. Januar 1958

Mit Beiträgen von

Dr. jur. Manfred Kölsch, Trier
Dr. med. Jobst Landgrebe, Köln
Dr. jur. Hans-Georg Maaßen, Berlin
Prof. Dr. phil. Michael Meyen, Zandt
Prof. Dr. jur. Gerd Morgenthaler, Siegen
Dr. Amrei Müller, PhD, LL. M., Dublin
Prof. Dr. jur. Dietrich Murswiek, Freiburg
RA Dirk Schmitz M. A., Berlin
Prof. Dr. jur. Rupert Scholz, Berlin
Prof. Dr. phil. Henrieke Stahl, Morbach

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 10
Geleitwort 13
Rupert Scholz
Einleitung 15
Henrieke Stahl

I Informationskontrolle 35

1 Das System der Informationskontrolle 37
Hans-Georg Maaßen

2 Hat die Meinungsfreiheit eine Zukunft? 65
Jobst Landgrebe

3 Krieg und Fiktion 93
Henrieke Stahl

4 Zensur ohne Zensor 123
Michael Meyen

5 Wie die EU die Meinungsfreiheit im Internet unterminiert 147
Dietrich Murswiek

6 Künstliche Intelligenz als Teil der Kommunikationsüberwachungsbürokratie des Digital Services Act . . 161
Manfred Kölsch

7 Meinungsfreiheit unter Staatsaufsicht 173
Dirk Schmitz

8 WHO Infodemie-Management und das Menschenrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit 213
Amrei Müller

II Politische Repression 249

9 «Delegitimierung des Staates» und die Meinungsfreiheit in Deutschland 251
Gerd Morgenthaler

10 Wie der Verfassungsschutz den demokratischen Diskurs beschädigt 267
Dietrich Murswiek

11 Die «Akte Maaßen» und die schmutzigen Diskreditierungstechniken des Verfassungsschutzes . 285
Hans-Georg Maaßen

12 EU-Sanktion aufgrund von Desinformation 317
Henrieke Stahl

13 Sanktionen gegen Meinungsäusserungen 335
Dietrich Murswiek

III Vom Ethos zur Haltung 345

14 Wissenschaftsfreiheit in der Postdemokratie 347
Jobst Landgrebe

15 Der Verfall der Wissenschaftsfreiheit und seine Ursachen 373
Henrieke Stahl

16 Recht statt Haltung: Die Robe darf nicht zur politischen Uniform werden 397
Hans-Georg Maaßen

Die Autorinnen und Autoren 419
Endnoten 423

Geleitwort

Von Rupert Scholz

Die Meinungsfreiheit gehört zu den grundlegenden Elementen und Voraussetzungen einer jeden Demokratie. Nur wenn alle Bürger das Recht der freien Meinungsbildung, der freien Meinungsäusserung und auch der Meinungsauseinandersetzung haben, kann ein demokratisch-pluralistisches Gemeinwesen freiheitlich funktionieren. In diesem Sinne hat auch das Grundgesetz mit Recht die Meinungsfreiheit im Artikel 5 nachhaltig garantiert und vor allem auch ein staatliches Zensurverbot verfügt. Dies hat über Jahrzehnte gut funktioniert und zur Stabilität unserer freiheitlichen Demokratie massgebend beigetragen. Inzwischen entstehen jedoch alarmierende und erschreckende Daten, die die Meinungsfreiheit in diesem verfassungsrechtlich vorgegebenen Sinne eindeutig bedrohen. Fast 50 Prozent aller Deutschen erklären inzwischen, dass sie das Gefühl hätten, ihre Meinung nicht mehr frei äussern zu können. Woran liegt dies? Es liegt entscheidend daran, dass auch von staatlicher Seite die Meinungsfreiheit nicht mehr überall in der gebotenen Stringenz geachtet und gepflegt wird. Institutionen, wie etwa der Verfassungsschutz, spielen sich inzwischen als faktische Bewertungsinstanzen für dem Staat unliebsame Meinungsäusserungen

Die Analysen dieses Bandes münden gemeinsam in den Appell, die im Wesentlichen neuinstallierten Strukturen und Techniken der Repression rückabzuwickeln. Diese repressiven Formen greifen die freiheitlichen Demokratien in ihren Grundfesten an und verletzen nicht nur Grundfreiheiten, sondern auch die Menschenwürdegarantie. Denn Bürger werden nicht mehr als urteilsfähige, freie Subjekte, sondern wie gefährliche, aber steuerbare, programmierbare Objekte behandelt.

Mit der Rückkehr zu einem Status quo vor dem Aufbau dieser einschränkenden Strukturen allein ist es jedoch nicht getan. Denn die subversiven Formen der Aushöhlung der Grundfreiheiten legen die wunden Stellen offen, die einer Reform zur tatsächlichen Sicherung und Stärkung der Grundfreiheiten bedürfen. Ideen für solche Reformen sind neu zu entwickeln. Die Entwicklung, vor allem aber die Umsetzung solcher Reformen, welche das Grundgesetz vor vergleichbaren, indirekt arbeitenden subversiven Zugriffen schützen können, dürften angesichts der engen Verflechtung Deutschlands mit den Interessen und der Rechtslage seitens EU, WHO oder auch der NATO eine Herkulesaufgabe sein, die nicht allein national, sondern zusätzlich in internationalen Kooperationen mit anderen Bewegungen zur Wiederherstellung und Stärkung der Grundfreiheiten weltweit anzugehen sein wird.

Eine wesentliche Bedingung für solche grundlegenden Reformen ist aber ein Bewusstseins- und Kulturwandel, zu dem auch dieses Buch motivieren möchte: die Rücktransformation von Haltung zu Ethos bei Stärkung eines freiheitlichen und vernunftbasierten Menschenbildes. Urteils- und kritikfähige Bürger sind die Träger und das Lebenselement einer freiheitlichen Demokratie.

Teil I

Informations-kontrolle

1 Das System der Informationskontrolle[24]

Von Hans-Georg Maaßen

1.1 «Eine Zensur findet nicht statt.»

Nach Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) hat jeder das Recht, «seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten». Der Verfassungstext schliesst mit der klaren Feststellung: «Eine Zensur findet nicht statt.» Diese Garantie findet ihre Entsprechung in zentralen internationalen und europäischen Menschenrechtsinstrumenten – namentlich Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) sowie Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Die Meinungsfreiheit ist damit nicht lediglich ein individuelles Grundrecht, sondern eine objektive Wertentscheidung und tragende Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.[25] Das Bundesverfassungsgericht hat dies im *Lüth-Urteil* von 1958 unmissverständlich klargestellt: Ohne eine freie, offene und unzensierte Auseinandersetzung der Bürger untereinander gibt es keine pluralistische Gesellschaft und keine echte Demokratie.[26]

Dennoch zeigen sich in Deutschland und vielen anderen westlichen Staaten erhebliche Einschränkungen dieser Freiheit. Laut einer repräsentativen Umfrage des *Instituts für Demoskopie Allensbach* vom Oktober 2025 sind nur noch 46 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass man seine politische Meinung frei äussern könne; 44 Prozent halten es für besser, vorsichtig zu sein.[27] Vergleichbare Befunde finden sich auch in internationalen Untersuchungen. So stellte das *Pew Research Center* fest, dass in zahlreichen westlichen Demokratien ein erheblicher Teil der Bevölkerung Zweifel daran hat, dass Meinungs- und Informationsfreiheit im eigenen Land uneingeschränkt gewährleistet sind.[28] Das *Cato Institute* berichtete zudem über einen deutlichen Anstieg selbst berichteter Selbstzensur und die verbreitete Sorge vieler Bürger, politische Ansichten nicht mehr frei äussern zu können.[29] Auch die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, Irene Khan, kritisierte nach ihrem Länderbesuch Anfang 2026 und in ihrem Bericht die erheblichen Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Deutschland sowie den Missbrauch des Verfassungsschutzes durch Überwachung unter schwammigen Begründungen von «Extremismus».[30]

Dies korrespondiert mit einem schleichenden, aber planvollen Verfassungswandel, bei dem die Grundrechte, die vom Verfassungsgeber als Abwehrrechte des Bürgers gegenüber einem übergriffigen Staat konzipiert wurden, im sozialistischen Sinne uminterpretiert werden, wobei aus den Grundrechten Verhaltenspflichten des Bürgers abgeleitet werden.[31] Vosgerau sieht in dieser Umdeutung der Verfassung in ihr Gegenteil den Beginn einer Postdemokratie.[32]

Im Unterschied zur klassischen direkten staatlichen Zensur autoritärer Regime handelt es sich heute vielfach um indirekte Formen der Steuerung der öffentlichen Meinung. In der verfassungsrechtlichen Diskussion wird dies als «mittelbare Drittwirkung» staatlicher Einflussnahme über private Akteure beschrieben[33]. Diese erfolgt durch ein Netz aus Gesetzen, Regulierungen, Institutionen und gesellschaftlichen Mechanismen: die gezielte Kontrolle der Informationsverbreitung, die Auslagerung von Zensuraufgaben an private Plattformen und NGOs, die Moralisierung abweichender Positionen sowie systematische Abschreckung. Legitime Kritik wird dabei häufig als «Hass und Hetze», als «Desinformation» oder «Delegitimierung» qualifiziert und damit aus dem Schutzbereich des Grundrechts herausgedrängt.

Die formale Verfassungstreue bleibt gewahrt – doch der materielle Gehalt des Artikels 5 GG wird nach Ansicht vieler Kritiker eingeschränkt. Wer den Zugang zu Informationen und den öffentlichen Diskurs kontrolliert, beeinflusst – wie der Vordenker der Linksradikalen Jürgen Habermas zutreffend in «Faktizität und Geltung» beschrieb[34] – massgeblich den demokratischen Willensbildungsprozess. Diese Entwicklung kann das Vertrauen in Institutionen zerstören.

1.2 Gründe und Vorwände

Die beobachteten Einschränkungen der Meinungsfreiheit dienen nach Auffassung vieler Kritiker der Durchsetzung kontroverser politischer Projekte, die im offenen, pluralistischen Diskurs auf erheblichen Widerstand grosser Teile der Bevölkerung stossen würden. Ein besonders anschauliches Beispiel dafür ist die Migrationspolitik. Anschaulich wird der Aufbau von Strukturen zur Meinungskontrolle an der Schnittstelle von internationaler Programmatik, staatlicher Kommunikationspolitik und Medienfreiheit bei dem 2018 angenommenen, völkerrechtlich nicht bindenden Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Weltmigrations-

Bestellschein

Ich bestelle hiermit:

____ Exemplare
Henrieke Stahl (Hrsg.), **Vom Verfall der Freiheit**
in Recht, Medien und Wissenschaft

472 Seiten | Hardcover | CHF/€ 29,80
ISBN 978-3-9997-0010-6
ISBN 978-3-9997-0011-3 (E-Book)

Name:
. . . . . .
Vorname:
. . . . . .
Strasse/Nr.:
. . . . . .
Postleitzahl:
. . . . . .
Ort:
. . . . . .
Land:
. . . . . .

Bestellschein abtrennen und einsenden an:

Discorso Verlagsgenossenschaft
Unterer Batterieweg 3
4053 Basel
Schweiz

Oder beim Buchhändler Ihrer Wahl abgeben

discorso.

befreit die medien .

Politik, Medien und Wissenschaft entgleisen zunehmend. Es wird immer klarer, dass Kommunikation und Bildung gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Dies hat uns veranlasst, die Verlagsgenossenschaft **discorso.** in der Schweiz zu gründen. Unsere Mitglieder sind Eigentümer, Partner und Entscheidungsträger.

Wir laden Sie ein, aktiv an der Neugestaltung eines offenen gesamtgesellschaftlichen Diskurses teilzuhaben.

discorso. ist
- ☑ frei von Ideologie.
- ☑ frei von politischen oder wirtschaftlichen Einzelinteressen.
- ☑ frei von Trends und Moden.
- ☑ frei von vermeintlichem oder verordnetem Konsens.

discorso. ist allein dem offenen Diskurs verpflichtet.

Mit **discorso.** setzen wir neue Impulse für ein aktives Bürgertum, damit der Traum vom passiven Wähler nurmehr die nostalgische Vorstellung einer Politik von gestern bleibt.

Informieren Sie sich über unser Programm und die Möglichkeiten Ihrer Mitgliedschaft unter

www.discorso.ch

discorso.
Verlagsgenossenschaft
Unterer Batterieweg 3 ■ CH 4053 Basel

discorso.

verlagsgenossenschaft

präsentiert:



Neuerscheinung bei discorso.

Henrieke Stahl (Hrsg.)

Vom Verfall der Freiheit

in Recht, Medien und Wissenschaft

Freiheit ist das Lebenselement der Demokratie

Hausdurchsuchung im Morgengrauen, Posts gelöscht, Artikel angezeigt, Konto weg – obwohl der Bürger gegen kein Gesetz verstoßen und nur seine Meinung gesagt hat? Formen politischer Zensur und Repression sind in Deutschland zum Alltag geworden. Wie konnte es dazu kommen?

Die Autoren analysieren in diesem Buch Herkunft, Funktionsweise und Missbrauchspotenzial des neuen Systems der Informationskontrolle und beleuchten dessen Folgen für die Meinungs-, Medien- und Wissenschaftsfreiheit sowie für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gesellschaft.

In ihren Beiträgen treten sie für die umfassende Wiederherstellung der Freiheitsrechte in der Rechtswirklichkeit ein. Ihr Anliegen ist die Stärkung eines gesellschaftlichen Ethos, das den Bürger als zu Freiheit, Vernunft und eigenverantwortlicher Urteilsbildung fähigen Menschen versteht.

«Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit … eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt.» BVerfG

discorso.

Mit Beiträgen von

Manfred Kölsch
Jobst Landgrebe
Hans-Georg Maaßen
Michael Meyen
Gerd Morgenthaler
Amrei Müller
Dietrich Murswiek
Dirk Schmitz
Rupert Scholz
und Henrieke Stahl

discorso.

befreit die medien .



Henrieke Stahl (Hrsg.)

Vom Verfall der Freiheit

in Recht, Medien und Wissenschaft

472 Seiten | Hardcover | CHF/€ 29,80
ISBN 978-3-9997-0010-6
ISBN 978-3-9997-0011-3 (E-Book)